



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote

04/2014

**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Emmendingen/Lahr,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können, der meine politische Arbeit für Sie bzw. Euch dokumentiert:

Der Fall Edathy und nötige Konsequenzen für den Kinderschutz

Der Fall Edathy ist DAS bestimmende Thema dieser Woche in Berlin gewesen. Als Konsequenz aus dem Fall Edathy sehe ich gesetzgeberischen Handlungsbedarf für eine strafrechtliche Verbesserung des Kinderschutzes. Wir müssen in Ruhe die Möglichkeiten ausloten, wie wir dem unsäglichen Handel und Tausch von Bildern mit nackten Kindern durch eine Verschärfung des Sexualstrafrechts einen Riegel vorschieben können. Dies ist mir auch persönlich als Vater von zwei Kindern ein Anliegen.

Bei der Vernehmung von BKA-Chef Ziercke, Thomas Oppermann, Sigmar Gabriel und Frank Walter-Steinmeier war ich als stellvertretendes Mitglied des Innenausschuss anwesend. Daher glaube ich nicht, dass aus der SPD-Spitze Warnungen vor bevorstehenden Durchsuchungsmaßnahmen an Sebastian Edathy weitergegeben worden sind. Ex-Innenminister Friedrich hat sich anständig verhalten und wollte uns helfen. Schuld an seinem Rücktritt ist aber einzig und allein die Kanzlerin, die ihn zum aus meiner Sicht unnötigen Rücktritt gezwungen hat.

Ich werde mich jedenfalls in diesem Sinne in den kommenden Jahren als ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie als Stellvertreter im Innenausschuss und engagieren.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

In dieser Woche haben wir über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr abgestimmt, die Nachfolgemission in Afghanistan und den Bundeswehreinsatz in Mali.

Afghanistan: Die internationale Gemeinschaft hat sich bereit erklärt, die ANSF auch nach 2014 durch Ausbildung, Beratung und Unterstützung im Rahmen der NATO-Mission Resolute Support zu unterstützen. Diese neue Mission trägt mit dem Schwerpunkt auf Beratung und Unterstützung der afghanischen Entscheidungsträger bei der Wahrnehmung der Sicherheitsverantwortung für ihr Land einen gänzlich anderen Charakter, denn sie ist kein Kampfeinsatz mehr. Deutschland ist bereit, als sogenannte Rahmennation im Norden und zweitgrößter Truppensteller besondere Verantwortung zu übernehmen, die sich aus unserer Verbundenheit mit dem afghanischen Volk, unseren eigenen sicherheitspolitischen Interessen und unserem festen Willen zur Bewahrung des in zwölf Jahren Afghanistan-Einsatz Erreichten herleitet. Insgesamt sollen etwa 600 bis 800 deutsche Soldatinnen und Soldaten für zunächst zwei Jahre in Nordafghanistan und in Kabul Dienst tun.

Mali: Der Bundeswehrbeitrag zu dieser Mission konzentriert sich vor allem auf die Ausbildung malischer Pioniere. Maximal 250 deutsche Soldaten kommen dabei Einsatz. Neben einer allgemeinen Pionierausbildung werden auch Spezialfähigkeiten wie Kampfmittelbeseitigung vermittelt. Es geht um die Unterstützung der Stabilisierung der malischen Sicherheitslage und des Staates im Kampf gegen radikale islamistische Kämpfer aus den Wüstenregionen des Landes.

Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung

Nachdem insbesondere die FDP jahrelang die Verschärfung des Abgeordnetengesetzes und damit die Umsetzung der UN-Charta gegen Korruption in Deutschland blockiert hat, werden wir in der Großen Koalition nun die Strafen für Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Damit ist die seit 2003 anhaltende peinliche Situation endlich beendet, dass Deutschland in sich in in der Frage in derselben Ländergruppe, wie Nordkorea und dem Sudan befindet. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens haben wir vom Rechtsausschuss aus am Montag eine Anhörung zur Verbesserung der Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung durchgeführt. Die Ergebnisse sind hier zusammengefasst:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/49435679_kw08_pa_recht/index.html

Genmaisabstimmung im Bundestag

Obwohl die Abstimmung zum Antrag der Grünen im Bundestag schon in der letzten Woche stattgefunden hat, will ich doch aufgrund der umfangreichen Presseberichterstattung und zahlreicher Zuschriften zu dem Thema hier nochmals den Zusammenhang meines Abstimmungsverhaltens erklären:

Mit meiner Ablehnung habe ich in keiner Weise den Weg für den Anbau von sogenanntem Genmais frei gemacht. Über das Abstimmungsverhalten in Brüssel wurde im BUNDESKABINETT, nicht im Bundestag entschieden. Dass Deutschland in Brüssel nicht zugestimmt und sich enthalten hat, ist ein Erfolg der SPD-geführten Ministerien Wirtschaft, Umwelt und Justiz, die sich im Gegensatz zu den CDU-geführten Ressorts Forschung und Gesundheit und gegen das befürwortende Votum Kanzlerin gegen die Zulassung des Anbaus von Genmais in Europa ausgesprochen haben. Wir Sozialdemokraten hätten aufgrund unserer konsequenten Haltung gegen die Zulassung von Genmais da sicher lieber ein Nein der Bundesregierung in Brüssel gesehen.

Ich habe den Antrag der Grünen im BUNDESTAG abgelehnt, bei dieser Ablehnung aber mit einer persönlichen Protokollerklärung meine Ablehnung gegenüber dem Anbau von Genmais zum Ausdruck gebracht. Damit habe ich dem Anbau von Genmais aber in keiner Weise zugestimmt. Dies möchte ich nochmals ganz klar kommunizieren. Wer gegen den Antrag der Grünen ist, ist nicht automatisch für Genmais. Dieser Eindruck wurde in den vergangenen Wochen erweckt. Leider hat die CDU immer als Pro-Genmais-Partei agiert. Daher sind kritische Fragen in ihre Richtung sinnvoller als an die SPD mit unserer klar ablehnenden Haltung in dieser Frage.

Ernährung und Kochen

Bei einem Empfang in Berlin konnte ich in dieser Woche mit den Sterneköchen und Johann Lafer kochen und mich ihnen über Ernährungsfragen austauschen.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Fechner', written in a cursive style.

Dr. Johannes Fechner, MdB